

Kuckucks ei

FORUM DER BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING

(BGAG)



WIR SAGEN NEIN ZUM NEUEN REAKTOR



Wir fürchten Krebs durch Radioaktivität !

Wir sorgen uns um die Gesundheit unserer Kinder !

Wir haben Angst vor radioaktiver Verseuchung !

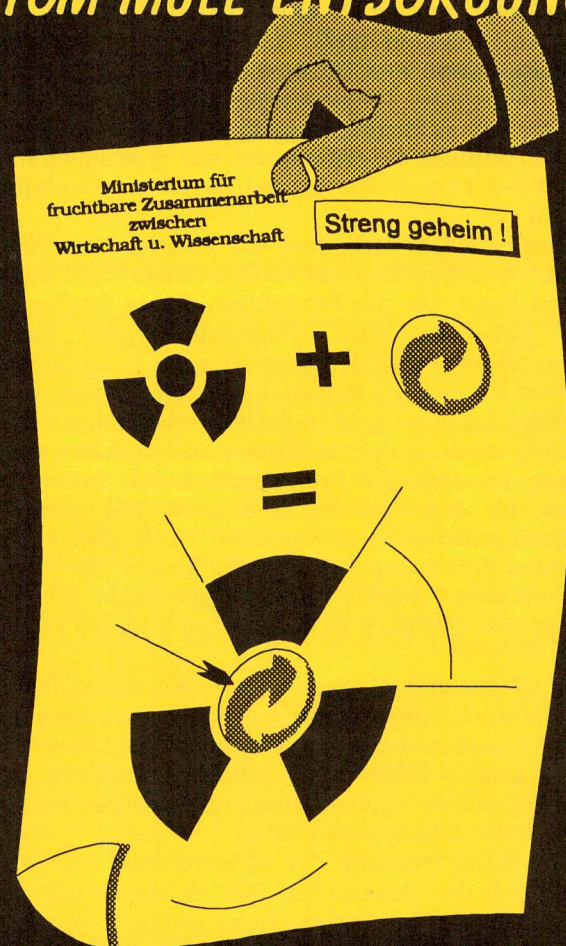
Wir,

die **Bürger Gegen Atomreaktor Garching e.V.**
- jetzt ein gemeinnütziger Umweltverein,

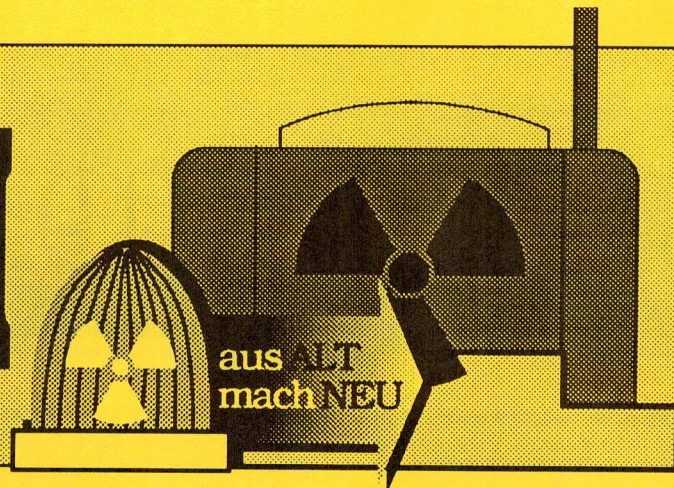
sind

- ... besorgt über die Gefahren aus Forschung und Technologie insbesondere im Umgang mit künstlicher Radiaktivität.
- ... deshalb gegen den für Garching von der TU-München geplanten größeren Forschungsreaktor München (FRM II) und für die sofortige Abschaltung des bestehenden FRM (Atomei)
- ... für alternative Forschung und Technologie zur Minimierung bzw. Vermeidung von Umweltgefahren

NEUE IDEEN ZUR ATOM-MÜLL-ENTSORGUNG



Der FRM II



Neuer Forschungsreaktor Garching im Genehmigungsverfahren *Dr. Ludwig Trautmann-Popp* Energierreferent des Bund Naturschutz

Seit 1991 wogt die öffentliche Debatte um Nutzen und Risiken des geplanten neuen Atomforschungsreaktors FRM2 in Garching bei München (der neben das bekannte Atomei gebaut werden soll).

Seit dem Jahreswechsel 92/93 läuft nun das Genehmigungsverfahren (Raumordnungsverfahren und atomrechtliche Genehmigung) für diesen neuen Atomreaktor. Kultusminister Zehetmair als Dienstherr der TU München ist Antragssteller, die Regierung von Oberbayern und das Umweltministerium sind Genehmigungsbehörde.

Wie der Landesvorstand des BN bereits im April 1992 in seiner Grundsatzstellungnahme ausführte, ist der radioaktive Inhalt des geplanten Reaktors (obwohl er viel kleiner als ein kommerzieller Reaktor ist) für das Ballungszentrum München untragbar groß. Nach einem kerntechnischen Unfall in diesem Reaktor neuer Bauart könnte die Belastung Münchens hundertfach höher liegen als nach Tschernobyl. Es ist aber unmöglich eine Millionenstadt in wenigen Stunden zu evakuieren und es ist unverantwortlich, diese Region für Jahrhunderte unbewohnbar zu machen.

Kritisiert wird auch, daß der Reaktor konstruktionsbedingt ausschließlich mit waffenreinem Uran betrieben werden kann. Da die Produktion dieses Stoffes bereits unter Präsident Bush eingestellt wurde (um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu behindern), sind Ver- und Entsorgung des Reaktors völlig offen.

Weder bei einer großen Podiumsdiskussion des BN in Garching noch in den vielfältigen öffentlichen Stellungnahmen konnten die Projektbefürworter bisher triftige Gründe für den Bau dieses teuren und gefährlichen Forschungsinstrumentes angeben. Unter den mit FRM2 geplanten Forschungsvorhaben ist keines, für das unbedingt ein derart riskanter Reaktor gebraucht oder dessen Erkenntnisse dringlich in den nächsten Jahren erwünscht wären.

Die eifrigsten Befürworter des Reaktors sind die "Väter" der neuartigen Konstruktion, sowie die Firma Siemens, aus deren Verlautbarungen hervorgeht, daß sie diesen Reaktorauftrag als willkommene Arbeitsbeschaffung für ihre seit 1982 ohne Neubauftrag gebliebene Reaktorabteilung KWU bekommen wollen.

Nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 26.2.93 soll der Reaktor ca. 700 Millionen DM kosten, wovon 2/3 der Bundesforschungsminister und 1/3 der bayerische Kultusminister bezahlen. Die Aufteilung der zu erwartenden Kostensteigerungen ist bislang nicht geklärt

(Neuartige Atomprojekte kosten erfahrungsgemäß ein Vielfaches der geplanten Summe. Allein der Abriß der Forschungswiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe soll 6 Mrd. DM kosten!). Angesichts gestopppter Uni-Ausbaupläne und angesichts von Schulklassen mit 33 Schülern sieht der Bund Naturschutz (genauso wie viele Forscher, Lehrer- und Elternverbände) im FRM2 auch ein unverantwortliche Fehlinvestition.

Sobald der Sicherheitsbericht im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren vorliegt, wird der Bund Naturschutz bayernweit Einwendungen gegen dieses Projekt sammeln. Wir bitten auch Sie als Leser des Kuckucks-Ei's schon jetzt um Ihre Mithilfe in den nächsten Monaten. Auf Wunsch senden wir Ihnen auch die ausführliche Stellungnahme des BN Landesvorstands zur weiteren Information zu.

Prominente fordern mit uns: Kein neues Atomprojekt in Deutschland und Anderswo !

Dr. med. Till Bastian, Dr. Thea Bauriedel, Biermösl Blosn, Buchhandlung Zauberberg, Lisa Fitz, Dieter Hildebrandt, Joachim Lorenz, Dr. Christian Magerl MdL, Dipl.-Biol. Ruth Paullig MdL, Ringsgwandl, Gisela Schneeberger, Prof. Dr. med. Roland Scholz, Irene Sturm, Dr. Trautmann Popp, Hubert Weinzierl, Reinhild Winkler, Dipl.-Phys. Karin Wurzbacher.



DEMONSTRATION
in Garching b. München
Sa. 13. Nov. '93
(Programm s. Einlegeblatt)

Raumordnungsverfahren FRM II – vorläufige Auswertung der Stellungnahmen der Kommunen

Hans Martin Adorf Dipl.-Phys. Garching

Der Bund Naturschutz-Arbeitskreis "Reaktor" der Ortsgruppe Garching wertet derzeit die Stellungnahmen der 18 Gemeinden und Städte aus, die von der Regierung von Oberbayern am Raumordnungsverfahren zum FRM II beteiligt wurden.

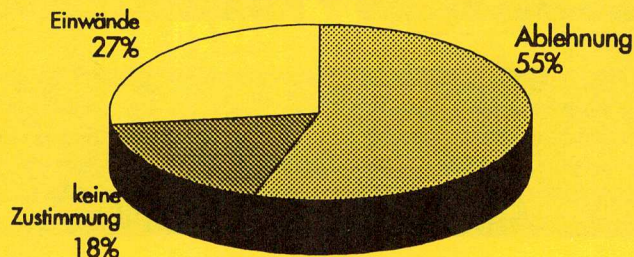
Stellungnahmen von 11 Kommunen liegen derzeit im Wortlaut vor.¹ **Keine einzige (!) der Kommunen befürwortet das Projekt FRM II.** Die Ablehnung fällt allerdings unterschiedlich aus: Einwände erheben Freising, Halbergmoos und Unterschleißheim; keine Zustimmung erteilen Finsing und Garching; klare Ablehnung kommt von Eching, Halmhausen, Kirchheim, Neuching, Oberschleißheim und Unterföhring. Münchens ablehnende Haltung ist ebenfalls bekannt.

Manche der Kommunen stellen eklatante Mängel oder sogar Falschaussagen in den Raumordnungsunterlagen der Projektbetreiber fest; auch Fehler seitens der Regierung von Oberbayern bei der Durchführung des Raumordnungsverfahrens werden aufgezeigt. Fast durchgängig wird der fehlende sogenannte "Sicherheitsbericht" angemahnt; Garching fordert hier z.B., das Raumordnungsverfahren so lange auszusetzen, bis der vollständige Bericht vorliegt. Die Abkopplung des Raumordnungsver-

fahrens vom atomrechtlichen Genehmigungsverfahren stößt weithin auf Unverständnis. Auch das von den Projektbetreibern geleugnete Sicherheitsrisiko, z.B. einem Flugzeugabsturz, wird herausgestellt.

Jetzt dürfen wir gespannt darauf sein, wie die Regierung von Oberbayern mit den vielen ablehnenden Einwänden umgeht. Unsere Demokratie steht auf dem Prüfstand.

Stellungnahmen von 11 der 18 Kommunen



1) Eine Gemeinde, (Ismaning) weigert sich bislang, ihre Stellungnahme dem Bund Naturschutz zur Auswertung zu überlassen.

**EI,
EI,
EI ES TUT
SICH WAS!**

3. April 1993

Ostermarsch in München

Die BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING e.V. präsentieren bei der Kundgebung am Münchner Marienplatz die Problematik des FRM II und die Arbeit der Bürgerinitiative.

29. April 1993

Expertenanhörung im Bayerischen Landtag

Die Landtagsabgeordneten der zuständigen Ausschüsse lassen sich das Projekt FRM II vorstellen. Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skallicky (Präsident der TU Wien) macht dabei Bayern das Angebot, sich an der Spallationsquelle in Österreich zu beteiligen.

17. Mai 1993

Gutachten

Die Stadt Garching erteilt im Zusammenschluß mit anderen Gemeinden der Nordallianz den Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens.

24. Mai 1993

Unterschriftenübergabe

Die BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING e.V. überreichen dem ersten Bürgermeister von Garching, Helmut Karl, im Zuge des Raumordnungsverfahren mehrere hundert Unterschriften mit Einwendungen gegen den FRM II. Außerdem erwirkt die Bürgerinitiative mit über 400 Unterschriften eine außerordentliche Bürgerversammlung zu dem Projekt.

24. Mai 1993

Kreisratssitzung des Landkreises München

Keiner der eingebrachten Anträge von CSU, SPD, GRÜNE und FDP findet bei den Abstimmungen eine Mehrheit. Damit gibt der Kreistag im Raumordnungsverfahren keine Stellungnahme zum FRM II ab.

25. Juni 1993

Erste ordentliche Mitgliederversammlung der BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING e.V.

Wahl des neuen Vorstandes: Renate Feist-Altbauer, Alfred Fischer, Ralf-Steffen Gensecke, Astrid Leis und Ingrid Wundrak.

21. Juli 1993

Außerordentliche Bürgerversammlung zum FRM II in Garching

Über 400 Personen füllen den Bürgersaal zur außerordentlichen Bürgerversammlung in Garching, die die Bürgerinitiative mittels Sammeln von Unterschriften erwirkt hatte. Auf der Tagesordnung stehen:

1. Antrag auf Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach europäischem Recht.
2. Antrag auf Ablehnung des Projektes aufgrund ungelöster Entsorgung der Brennelemente.
3. Antrag auf Ablehnung des Projektes wegen unzureichendem Haftpflichtschutz.
4. Antrag auf Verhinderung der Verstöße gegen das Überflugverbot der Garchinger Atomanlagen.
5. Antrag auf Erstellung einer Meßstation zur Überwachung der Luftradioaktivität.
6. Antrag auf Erstellung einer stadteigenen Katastrophenschutzbrochure für das Atomel.
7. Antrag auf Beantwortung von Fragen zum Katastrophenschutz im Falle eines GAUs. Alle Anträge werden von der Bürgerversammlung verabschiedet. Der Stadtrat muß nun gemäß Gemeindeordnung innerhalb der nächsten drei Monate diese behandeln.

Datum?

Atomrechtliches Genehmigungsverfahren

Jeden Augenblick ist die Durchführung dieses Verfahrens zu erwarten. (s. S. 4)

EinWENDUNGEN

Wie für jedes Atomkraftwerk wird auch für den geplanten Atomforschungsreaktor FRM II in Garching nach §7 des Atomgesetzes das Atomrechtliche Genehmigungsverfahren durchgeführt. In diesem Verfahren haben Sie die Möglichkeit, Einwendungen gegen die Errichtung des FRM II schriftlich zu erheben, was zur Verhinderung des Projekts äußerst wichtig ist.

Übersicht über das Atomrechtliche Genehmigungsverfahren



Gründe wie die Probleme der Entsorgung oder der Niedrigstrahlung, der daraus sich erwachsenden Verantwortung für die zukünftigen Generationen, das Transportproblem, Unfallgefahr u.v.a. können Sie in Ihrer Einwendung vorbringen. Sind Sie beispielsweise Eigentümer/in eines Hauses in der Nähe des FRM II, so kann Ihr Haus durch den FRM II an Wert verlieren. Oder Sie sind z.B. Landwirt/in in der Umgebung des FRM II, dann sind Sie speziell betroffen, weil Sie für Ihre Produkte aufgrund des FRM II geringere Absatzchancen haben können.

Wer kann Einwendungen erheben?

Einwendungen kann jeder schreiben, der der Meinung ist, daß er selbst (Leib, Leben und Gesundheit) oder seine Interessen (Rechte, Werte etc.) vom Bau und Betrieb der Anlage betroffen sind. Einwendungen können auch juristische Personen (Vereine, Gemeinden, Firmen usw.) erheben. Eltern können dies für ihre minderjährigen Kinder tun.

Wann kann ich Einwendungen erheben?

Einwendungen sind nur während der 2-monatigen Frist der öffentlichen Planauslegung (zwischen 29.10. und 29.12.93) möglich.

Wehren Sie sich!

An wen muß ich meine Einwendung richten?

Einwendungen sind an die zuständige Genehmigungsbehörde zu richten. Das ist das: Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen Rosenkavalierplatz 2, 81925 München

Wie kann ich Einwendungen erheben?

Einwendungen können nicht nur einzeln, sondern auch gemeinsam in der Familie, Hausgemeinschaft, Verein, Betrieb, Elternbeirat, Gemeinde etc. erhoben werden. Diese "Sammeleinwendung" muß von allen, die sie unterstützen, mit Adressangabe unterschrieben werden.

Was ist grundsätzlich zu beachten?

Einwendungen sind schriftlich einzureichen, haben Ihre Unterschrift und Ihre vollständige Adresse zu enthalten. Einwendungen zu erheben ist kostenfrei.

Was folgt nach dem Einwendungsverfahren?

Frühestens einen Monat nach Ende der Auslegungsfrist findet eine Erörterung statt, bei der nur diejenigen teilnehmen dürfen, die Einwendungen gemacht haben. Die Teilnahme an der Erörterung ist aber nicht verpflichtend.

Schreiben Sie Einwendungen!

Wir möchten Sie bitten, uns eine Kopie Ihrer Einwendung zu schicken, damit wir den Erörterungstermin vorbereiten und auch Gesichtspunkte, die wir vielleicht noch nicht gesehen haben, mit einbringen können.

Falls Sie keine Einzeleinwendung machen, können Sie von uns eine vorbereitete Sammeleinwendungsliste (mit frankiertem Rückumschlag DM 2,-) anfordern. Schicken Sie diese unterschrieben an uns zurück. Wir werden vor Ablauf der Einwendungsfrist die Einwendungen öffentlichkeitswirksam im Umweltministerium übergeben.

